

Zu Beginn der Aussprache teilte Herr Knülle für die SPD-Fraktion mit, dass der Antrag in der vorliegenden Form zurückgezogen werde. Stattdessen sollte zunächst untersucht werden, welcher Aufwand bei der Verwaltung und dem Rechnungsprüfungsamt durch die Einführung einer Eigenprüfung entsteht und welches Verfahren für die Prüfung gewählt wird. Hierzu sollte ein Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises eingeladen werden, um über die bei der Kreisverwaltung bereits praktizierte Eigenprüfung zu berichten. Durch das Rechnungsprüfungsamt sollte darüber hinaus untersucht werden, in welchem Umfang und in welcher Art und Weise eine Eigenprüfung für die Stadt sinnvoll ist.

Ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Knülle bat Herr Kammel seitens der FDP-Fraktion das Rechnungsprüfungsamt darum, den durch die Einführung einer Eigenprüfung entstehenden Arbeitsaufwand einzuschätzen, da es nicht Ziel sei, die Verwaltung und das Rechnungsprüfungsamt lahm zu legen.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schloss sich Herr Haacke den Ausführungen von Herrn Knülle an und betonte, dass es wichtig sei, einen sinnvollen Rahmen für die Eigenprüfung zu finden.

Herr Dziendziol begrüßte für die CDU-Fraktion den jetzt vorgeschlagenen Weg, da seine Fraktion ansonsten vor dem Hintergrund des entstehenden Aufwandes Beratungsbedarf angemeldet hätte.

Seitens der Fraktion Aufbruch! sprach sich Frau Schmidt ebenfalls für den Prüfungsauftrag an das Rechnungsprüfungsamt aus.

Herr Fey teilte daraufhin mit, dass er aktuell keine Aussage über den entstehenden Arbeitsaufwand abgeben könne. Er fasse den Prüfungsauftrag so auf, die Eigenprüfung als Prozess darzustellen. Dabei sei vor dem Hintergrund des entstehenden Aufwandes die Frage zu beantworten, wie viele Fragen je Fraktion sinnvoll seien. Zudem seien Steuerungsaspekte zu beachten. Es müssten Doppelprüfungen beim Rechnungsprüfungsamt und dem Rechnungsausschuss sowie Prüfungen, die vermehrt nur einen Sachbearbeiter betreffen, vermieden werden.

Im weiteren Verlauf der Aussprache warf Herr Müller die Frage auf, ob eine Eigenprüfung nicht als kontraproduktiv zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement zu sehen sei, da dieses Rechnungssystem ja gerade wegen der bislang fehlenden Transparenz geschaffen wurde.

Herr Knülle gab diesbezüglich zu bedenken, dass die verbesserten Steuerungsmöglichkeiten bei Einzelprüfungen nicht greifen. So habe die Politik bisweilen Schwierigkeiten, bestimmte Sachverhalte nachzuvollziehen. Diese könnten dann im Rahmen der Eigenprüfung aufgegriffen werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, stellte der Ausschussvorsitzende fest, dass im Ausschuss Einvernehmen besteht, das Rechnungsprüfungsamt mit den vorgebrachten Prüfungen zu beauftragen und einen Vertreter des Kreises in die nächste Sitzung des Rechnungsausschusses einzuladen.